



**Erster Zwischenbericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie
Einzahlungen und Auszahlungen im Rechnungsjahr 2014
Mitteilungsvorlage**

Beschlussvorschlag:

Kein Beschluss vorgesehen.

Aufwand/Finanzielle Auswirkungen:

--

Sachdarstellung/Begründung:

I. Kurzfassung

Die Verwaltung berichtet über die finanzielle Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr 2014 (Stand 31.05.2014). Nach dem derzeitigen Stand muss im Ergebnishaushalt voraussichtlich mit einer Verschlechterung beim Gesamtergebnis in Höhe von ca. 1,5 Mio. EUR gerechnet werden. Der bisherige Haushaltsverlauf ist insbesondere durch einen sich derzeit abzeichnenden höheren Zuschussbedarf im Teilhaushalt 4 Soziale Hilfen in Höhe von ca. 0,4 Mio. EUR und im Teilhaushalt 5 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe in Höhe von ca. 1,1 Mio. EUR gekennzeichnet. Mehraufwendungen ergeben sich auch bei Produktgruppe 11.24 Grundstücks- und Gebäudemanagement im Bereich der Flüchtlingsunterbringung in Höhe von ca. 0,9 Mio. EUR. Daneben sind Wenigererträge beim Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer in Höhe von ca. 0,5 Mio. EUR zu erwarten. Mehrerträge ergeben sich bei den Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft in Höhe von ca. 0,4 Mio. EUR.

II. Ausführliche Sachdarstellung

1. Einleitung

Die Entwicklung der wesentlichen Erträge und Aufwendungen für den Zeitraum Januar bis Mai ist in Anlage 1 dargestellt. Dem Bericht liegt die Entwicklung der ersten fünf Monate zu Grunde. Es kann sich deshalb nur um eine erste Bewertung der Finanzsituation für das Haushaltsjahr 2014 handeln. Im Laufe des Jahres sind größere Abweichungen insbesondere bei den Sozialen Leistungen noch möglich. Der aktuelle Buchungsstand im Ergebnis- und Finanzhaushalt ergibt sich aus den Anlagen 2 und 3.

2. Stand des Haushaltsvollzugs

2.1 Ergebnishaushalt

Nach dem Stand der Ergebnisrechnung Ende Mai 2014 ergeben sich folgende Entwicklungen bei den wesentlichen Erträgen und Aufwendungen im laufenden Haushaltsjahr:

2.1.1 Produktgruppe 11.24 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Bei Aufstellung des Haushaltsplanes 2014 wurde von einer Erweiterung der Unterbringungskapazitäten für Asylbewerber und Flüchtlinge auf 450 Plätze ausgegangen. Tatsächlich werden bis Ende des Jahres 740 Plätze benötigt und auch aufgebaut. Dies führt zu Mehraufwendungen in Höhe von ca. 0,9 Mio. EUR.

2.1.2 Produktgruppe 61.10 Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz

Nach den Mitteilungen des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft ergeben sich aufgrund der aktuellen Mai-Steuerschätzung bei den Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft (Schlüsselzuweisungen) durch eine Anhebung des Kopfbetrages um 2 EUR auf 589 EUR für das Jahr 2014 Mehrerträge in Höhe von ca. 0,4 Mio. EUR.

2.1.3 Produktgruppe 61.10 Grunderwerbsteuer

Das bisherige Aufkommen im Jahr 2014 war deutlich rückläufig und liegt ca. 1,0 Mio. EUR unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Nach der aktuellen Prognose liegt das Gesamtaufkommen 2014 bei ca. 11,0 Mio. EUR. Das sind 0,5 Mio. EUR weniger als veranschlagt.

2.1.4 Verwaltungsgebühren, Bußgelder

Nach dem bisherigen Verlauf wird der Haushaltsansatz von 5,7 Mio. EUR bei den Verwaltungsgebühren mit ca. 5,9 Mio. EUR (2013: 5,9 Mio. EUR) um 0,2 Mio. EUR überschritten. Bei den Bußgeldern kann der Haushaltsansatz von 1,89 Mio. EUR voraussichtlich erreicht werden (2013: 1,84 Mio. EUR).

2.1.5 Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen (Haushaltsansatz: 43,86 Mio. EUR) kann der Haushaltsansatz voraussichtlich eingehalten werden.

2.1.6 Soziale Leistungen

Nach dem derzeitigen Stand wird bei den Leistungen im Teilhaushalt 4 (Soziale Leistungen) voraussichtlich ein erhöhter Zuschussbedarf in Höhe von ca. 0,4 Mio. EUR entstehen. Die Situation bei den einzelnen Produktgruppen sieht wie folgt aus:

a) Produktgruppe 31.10 – Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII

- Produkt 31.10.01 – Hilfe zur Pflege

In der Hilfe zur Pflege ist voraussichtlich mit einem höheren Zuschussbedarf in Höhe von ca. 0,33 Mio. EUR zu rechnen.

Unter anderem reduzieren sich die Erträge bei Fällen, die neben der Pflege auch Grundsicherungsleistungen nach SGB XII (Bundesauftragsverwaltung) erhalten. Nach den Vorgaben des Bundes ist das Einkommen und Vermögen zuerst auf die Grundsicherungsleistungen anzurechnen, danach erst auf andere Leistungen wie z. B. Hilfe zur Pflege oder Eingliederungshilfe. Es werden Ertragsminderungen erwartet, die nicht genau beziffert werden können.

- Produkt 31.10.02 – Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Aus heutiger Sicht wird bei Produkt 31.10.02 der Zuschussbedarf mit ca. 1,2 Mio. EUR über dem Planansatz liegen.

Die Gründe für die Kostensteigerungen sind vielschichtig. Sie liegen zum Teil an den weiter deutlich steigenden Kosten für inklusive Maßnahmen an Regelkindergärten und Schulen, aber auch an höheren Einstufungen von Hilfebedarfen durch den Medizinisch Psychologischen Dienst bei Fällen im ambulanten und stationären Bereich.

Weitere Kostensteigerungen ergeben sich im Bereich der teilstationären Leistungen (Werkstätten, Förder- und Betreuungsgruppen) und Fahrtkosten.

- Produkt 31.10.05 – Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)

Die Hilfe zum Lebensunterhalt liegt derzeit mit rund 0,14 Mio. EUR unter dem Planansatz 2014. Ob dieser Trend bis zum Jahresende so bleibt, nachdem mit Inkrafttreten der Gesetzesänderung mehr Menschen vor Erreichen der Regelaltersgrenze in Ruhestand gehen, muss man abwarten. Sollten die Renteneinkommen nicht ausreichen, würden diese Personen bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze ergänzend Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten und die Fallzahlen steigen. Im Gegensatz zur Grundsicherung SGB XII trägt der Landkreis die Kosten für die Hilfe zum Lebensunterhalt voll.

- Andere soziale Hilfen der Produktgruppe 31.10

Im Bereich der anderen sozialen Hilfen werden u. a. die Kosten für Krankenhausaufenthalte und Bestattungen verbucht. Diese Aufwendungen sind schwer planbar. Nach derzeitigem Stand werden wir voraussichtlich mit 0,67 Mio. EUR unter dem Planansatz 2014 liegen. Allerdings steigen derzeit die Bestattungskosten.

b) Produktgruppe 31.20 – Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

Der Mittelbedarf für 2014 wurde wegen der guten Konjunkturlage und der zum Zeitpunkt der Planung stagnierenden Bedarfsgemeinschaftszahlen vorsichtig optimistisch geplant. Auf Kostenrisiken z.B. durch steigende Unterkunftskosten oder Freizügigkeitsregelung innerhalb Europas wurde dabei hingewiesen.

Der Zuschussbedarf wird gegenüber der Planung nach derzeitigem Stand voraussichtlich um ca. 1,03 Mio. EUR (entspricht 5,89 %) höher liegen.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (BG's) ist in den ersten Monaten des Jahres 2014 entgegen dem allgemeinen Trend deutlich gestiegen. Die BG-Zahlen liegen Stand März 2014 bei 5.909 (vergleichbarer Zeitraum Vorjahr: März 2013: 5.836).

Aufgrund der Anhebung der Mietobergrenze sind bei Neuvermietungen höhere Mieten zu verzeichnen. Zudem haben Kontingentflüchtlinge (z. B. Syrien) sofort einen Anspruch auf SGB II-Leistungen. Bei diesen fallen Wohnungsbeschaffungskosten an.

Gleichzeitig gehen geringere Erträge an der Bundesbeteiligung im SGB II wegen der Revision des Bildungs- und Teilhabepaketes ab dem Jahr 2012 ein. Nach derzeitigem Kenntnisstand fordert der Bund von Baden-Württemberg rund 15,6 Mio. EUR zurück. Davon entfallen auf den Landkreis Reutlingen nach aktueller Information ca. 2,51 %, also rund 400.000 EUR. Die Abrechnung erfolgt durch Kürzung der laufenden Zahlungen in 2014.

c) Produktgruppe 31.30 – Hilfen für Flüchtlinge

Die Transferaufwendungen für Asylbewerber sind in den ersten fünf Monaten um 0,53 Mio. EUR (43,6 %) gestiegen. Durch das Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften vom 19.12.2013 wurde die erstattungsfähige Verweildauer in der vorläufigen Unterbringung von bisher 29 Monaten auf 18 Monate verkürzt. Dies führt zu buchmäßigen Mehrerträgen in Höhe von ca. 0,4 Mio. EUR.

Nach heutigem Stand liegt aus diesem Grund der Zuschussbedarf mit 44,44 % unter dem Planansatz 2014. Es sind aber vom Land nochmals deutlich steigende Zuweisungszahlen ab Juli 2014 angekündigt. Aufgrund der politischen Lage in einigen Krisengebieten ist mit weitergehenden Zuwächsen zu rechnen. Daher steigen auch die Aufwendungen bis zum Jahresende 2014. Zum anderen wird durch die Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) die Verweildauer in den staatlichen Gemeinschaftsunterkünften deutlich verkürzt werden. Dies führt zu Kostensteigerungen in der Anschlussunterbringung.

d) Produktgruppe 31.40 – Verwaltung und Betrieb von Unterkünften

Die anteilige Kostenerstattungspauschale für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen liegt mit voraussichtlich 2,6 Mio. EUR um ca. 0,5 Mio. EUR über dem Planansatz 2014. Damit können die Mehraufwendungen bei Produktgruppe 11.24 in Höhe von ca. 0,9 Mio. EUR zum Teil gedeckt werden.

e) Produktbereich 36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Die derzeitige Entwicklung zeigt, dass aufgrund gestiegener Bedarfe und tatsächlich geringerer Erträge die im Rahmen des Haushaltsplanverfahrens reduzierten Ansätze voraussichtlich nicht eingehalten werden können.

Im Bereich der erzieherischen Hilfen zeigen sich steigende Bedarfe und nicht vollständig geplante erhöhte Aufwendungen aus der Tarifierhöhung. Zudem werden sich durch eine zum 01.01.2014 in Kraft getretene Änderung bei der Kostenheranziehung von Eltern voraussichtlich geringere Erträge ergeben. Die neue Kostenbeitragstabelle enthält Änderungen in den unteren Einkommensgruppen zugunsten der Eltern.

Im Bereich der Tagesbetreuung bei Produktgruppe 36.50 sind Steigerungen erkennbar, die mit der weiteren Inanspruchnahme von Plätzen für die Betreuung von Kindern ab dem 1. Lebensjahr zusammenhängen. Zudem fallen die Erträge aus dem kommunalen Finanzausgleich um ca. 0,5 Mio. EUR geringer aus als geplant. Dies führt zu einem erhöhten Zuschussbedarf.

2.1.6 Produktgruppe 41.10 Krankenhäuser

Für den Ausgleich der bis zum 31.12.2011 entstandenen Bilanzverluste bei der Kreiskliniken Reutlingen GmbH wurden im Haushalt 2014 5,938 Mio. EUR eingeplant. Hiervon wurde am 27.05.2014 ein Teilbetrag in Höhe von 2,0 Mio. EUR ausbezahlt. Der Restbetrag in Höhe von ca. 3,938 Mio. EUR wurde am 24.06.2014 ausbezahlt.

2.1.7 Produktgruppe 54.20 Kreisstraßen

Der milde und schneearme Winter 2013/2014 führte gegenüber den Vorjahren zu geringeren Aufwendungen für Streugut, Fahrzeugkosten und Erstattungen an private Unternehmen. Im Bereich des Winterdienstes muss deshalb im laufenden Haushaltsjahr bisher mit keinen Mehraufwendungen gerechnet werden. Das zu erwartende Gesamtergebnis hängt nun vom Verlauf des Winters 2014/2015 ab. Die Unterhaltungsmittel für Landessstraßen wurden vom Land ab 2014 erhöht. Der Landkreis Reutlingen erhält dadurch ca. 0,15 Mio. EUR mehr als im Haushalt 2014 geplant

2.2 Finanzhaushalt

2.2.1 Produktgruppe 11.24 Asylbewerberwohnheime

Für die Errichtung von Unterkünften für Asylbewerber steht aus dem Jahr 2013 noch ein Haushaltsrest in Höhe von ca. 0,6 Mio. EUR zur Verfügung. Im Haushaltsplan 2014 wurden weitere 1,0 Mio. EUR eingeplant.

Die Mittel fließen bis Ende des Jahres für die vom Kreistag am 21.05.2014 beschlossene Maßnahme zur Erstellung einer Unterkunft in Metzingen ab (KT-Drucksache Nr. VIII-0709).

2.2.2 Produktgruppe 41.10 Krankenhäuser

Für Investitionsmaßnahmen bei der Kreiskliniken Reutlingen GmbH wurden in den Haushalt 2014 Investitionszuschüsse in Höhe von insgesamt 2,0 Mio. EUR eingeplant. Aus dem Jahr 2013 steht zudem noch ein Haushaltsrest in Höhe von ca. 1,7 Mio. EUR zur Verfügung. Zur Finanzierung der Baumaßnahmen Neurologische Frührehabilitation Phase B in der Ermsalklinik Bad Urach und Sanierung der Energiezentrale im Klinikum am Steinenberg Reutlingen werden im Jahr 2014 voraussichtlich noch 2,0 Mio. EUR ausbezahlt.

2.2.3 Produktgruppe 21.30 Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule

Der Baubeginn zur Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule erfolgt voraussichtlich im August 2014. Die im Jahr 2014 anfallenden Planungs- und Baukosten können aus dem Haushaltsrest des Jahres 2013 in Höhe von 1,1 Mio. EUR gedeckt werden.

2.2.4 Produktgruppe 21.30 Naturwissenschaftliche Fachräume Laura-Schradin-Schule

Für die Erneuerung der naturwissenschaftlichen Fachräume an der Laura-Schradin-Schule wurden in den Haushalt 2014 ca. 0,56 Mio. EUR eingestellt. Hiervon wurden bisher ca. 0,14 Mio. EUR ausbezahlt.

2.2.5 Produktgruppe 54.20 Neubau der Straßenmeisterei Münsingen

Der Baubeginn zum Neubau der Straßenmeisterei in Münsingen erfolgt voraussichtlich im Jahr 2015. Die eingeplanten Haushaltsmittel in Höhe von 0,7 Mio. EUR reichen für die Planung im Jahr 2014 aus.

2.2.6 Produktgruppe 54.20 K 6735 Ausbau Marbach-Ödenwaldstetten

Die Ausschreibung der Baumaßnahme erfolgt voraussichtlich im Herbst 2014. Für Planungskosten und Grunderwerb stehen Haushaltsreste aus dem Jahr 2013 in ausreichender Höhe zur Verfügung. Für die Durchführung der Maßnahme stehen im Jahr 2014 Haushaltsmittel in Höhe von ca. 0,8 Mio. EUR zur Verfügung. Der Baubeginn erfolgt voraussichtlich erst im Jahr 2015.

3. Liquidität

Insbesondere durch die Zurverfügungstellung von Betriebsmittelkrediten an die Kreiskliniken Reutlingen GmbH war die Liquidität des Landkreises in den ersten fünf Monaten weiter sehr angespannt. Deshalb wurden zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des Landkreises bereits Kassenkredite bis zu 28,0 Mio. EUR aufgenommen. Aufgrund der Verzögerungen bei der Durchführung der geplanten Baumaßnahmen wurden noch keine langfristigen Kredite zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen in Anspruch genommen. Die Entwicklung der Liquidität des Landkreises in den Jahren 2013 bis 2014 ist aus Anlage 4 ersichtlich.

4. Vorausschau

Bei der Aufstellung des Haushalts 2014 wurde insbesondere auch aus Rücksicht auf die Finanzlage der Städte und Gemeinden von optimistischen Annahmen ausgegangen. Bei den weiteren Kürzungen der Haushaltsansätze im Rahmen der Beratungen zum Haushalt wurde darauf hingewiesen, dass vor allem bei den Sozialaufwendungen erhebliche Haushaltsrisiken bestehen. Der bisherige Haushaltsvollzug zeigt, dass sich nun diese Risiken zu realisieren scheinen. Insbesondere auch im Bereich der Flüchtlingsunterbringung entstehen deutliche Mehraufwendungen gegenüber den Haushaltsansätzen.

- a) Nach dem derzeitigen Stand (Ende Mai 2014) muss im Ergebnishaushalt voraussichtlich mit einer Verschlechterung beim Betriebsergebnis in Höhe von ca. 1,5 Mio. EUR gerechnet werden. Die Basis von fünf Monaten ist für eine Jahresprognose sehr schmal, deshalb können sich im Laufe des Jahres noch erhebliche Veränderungen ergeben.
- b) Angesichts der bestehenden Risiken wird die Verwaltung weiterhin alle Möglichkeiten zu Einsparungen nutzen und den eingeschlagenen Kurs der Optimierungen konsequent fortsetzen.